

Kommunisten geben nicht auf

Philippinen: Armee verübt Massaker an Guerillakämpfern und Zivilisten. Bisher größtes Militärmanöver mit USA gestartet

Von Satyajeeet Malik

Es wird schon jetzt als das Massaker von Toboso bezeichnet: Am 19. April töteten die philippinischen Streitkräfte (englische Abkürzung: AFP) 19 Menschen, darunter zehn kommunistische Guerillakämpfer. Unter den Toten sind auch zwei US-Amerikaner. Das war das Ergebnis einer Razzia gegen eine angebliche Hochburg der Kommunistischen Partei der Philippinen (CPP) in der abgelegenen Zuckerrohranbauregion bei der Ortschaft Toboso auf der Insel Negros in der Zentralprovinz. In einer Erklärung der CPP wurden »Offiziere und Einsatzkräfte der AFP« für die »vorsätzliche und wahllose Tötung« der »roten Kämpfer« sowie »unbewaffneter Personen« verantwortlich gemacht.

Während die »Nationale Taskforce zur Beendigung des lokalen kommunistischen bewaffneten Konflikts« behauptet, 19 Kämpfer der Neuen Volksarmee (NPA), des bewaffneten Flügels der CPP, ausgeschaltet zu haben, wurde die offizielle Darstellung sowohl von der Partei als auch von Nichtregierungsorganisationen angefochten. In der von der CPP veröffentlichten Erklärung werden zehn der Getöteten als NPA-Kämpfer identifiziert, der Rest als Lehrer, Universitätsstudenten, ein Journalist, und zwei waren noch nicht einmal volljährig. In einer Erklärung der »Ökumenischen Friedensplattform der Philippinen« (PEPP), eines Bündnisses christlicher Gruppen, wurde ebenfalls angegeben, dass die Mehrheit der Getöteten »Nichtkombattanten« gewesen seien. Darüber hinaus erklärte die CPP auf der Grundlage von Aufnahmen einer Militärdrohne, dass ein NPA-Kommandant »von den Faschisten kurzerhand hingerichtet wurde, anstatt als Kriegsgefangener festgenommen zu werden«. Die Partei räumte ein, dass die NPA »eine taktische Niederlage erlitten« habe, fügte jedoch hinzu, dass sie »entschlossen ist, den revolutionären Weg bis zum strategischen Sieg fortzusetzen«.

Die CPP-NPA und der philippinische Staat befinden sich in einem »langwierigen Volkskrieg«, dem weltweit am längsten andauernden kommunistischen Aufstand, der auf den 26. Dezember 1968 zurückgeht, als die CPP auf maoistischer Basis gegründet wurde. Im Folgejahr wurde am 29. März die NPA ins Leben gerufen. Seit 1986 führen beide Seiten Friedensgespräche, die 2017 vom ehemaligen Staatsoberhaupt Rodrigo Duterte beendet wurden. Sein Nachfolger, der gegenwärtige Präsident Ferdinand »Bongbong« Marcos jr., der 2022 an die Macht kam, zeigte wenig Interesse an einer Wiederaufnahme, bis sich beide Seiten Ende 2023 erneut darauf einigten, die von Norwegen vermittelten Friedensgespräche fortzusetzen. Ihre Wiederaufnahme fiel mit dem erneuten Aufblühen der Kämpfe Anfang 2023 zusammen, nachdem es 2022

eine Phase der Ruhe gegeben hatte, insbesondere, seit der CPP-Gründer Jose Maria Sison im Dezember 2022 eines natürlichen Todes verstorben war.

Die Morde ereigneten sich einen Tag vor dem Beginn des bisher größten Militärmanövers, das die USA und die Philippinen jährlich unter dem Namen »Balikatan« veranstalten. Diesmal nehmen mehr als 17.000 Soldaten aus sieben Ländern, darunter Kanada, Australien, Neuseeland, Frankreich und Japan, an den 19tägigen Übungen teil, die bis zum 8. Mai andauern. Das Manöver mit Luftoperationen, Schießübungen und einem simulierten Marineangriff findet in Gebieten in der Nähe des Südchinesischen Meeres und der Taiwan-Straße statt. Besonders bemerkenswert sind die maritimen Angriffsübungen, die von den Philippinen und den USA auf der Insel Itbayat durchgeführt werden, dem nördlichsten Punkt der Philippinen, der nur 155 Kilometer von Taiwan entfernt liegt.

Berichten zufolge beherbergen die Philippinen derzeit mindestens elf US-Militärstützpunkte. Sie sind Teil der sogenannten Strategie der ersten Inselkette. Damit ist ein von den USA geführtes maritimes Eindämmungskonzept im Westpazifik gemeint, das 1951 ins Leben gerufen wurde, um China und die Sowjetunion mittels Militärstützpunkten einzukreisen, die sich zum Großteil auf dem Territorium verbündeter Länder befinden. Das Programm der CPP charakterisiert die Philippinen entsprechend als eine »halbkoloniale und halbfeudale Gesellschaft«, die »formell unabhängig, faktisch jedoch den USA unterworfen« ist.

<https://www.jungewelt.de/artikel/521811.philippinen-kommunisten-geben-nicht-auf.html>